

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Wochentags

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 30 Pf. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, hierzu Sendegeld 30 Pf.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Woche monatsweise oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bot Offerten 30 Pfg.

Nr. 84

Samstag, den 8. Februar 1919

36. Jahrgang.

### Die Landwirtschaftskammer.

In Württemberg wird der Ruf nach einer gesetzlichen, von der Regierung unabhängigen Berufsvertretung, wie sie die Industrie in den Handels- und das Handwerk in den Handwerkskammern besitzen, in der Landwirtschaft mit immer größerer Dringlichkeit erhoben. Mit Recht verlangen unsere Landwirte, daß ihnen die selbständige Vertretung ihrer Berufsinteressen nicht länger mehr vorenthalten bleibt. In voller Würdigung der hohen Bedeutung der einheimischen Landwirtschaft und in dem Bestreben, dem landwirtschaftlichen Berufsstand die gleiche Verehrung in seiner Berufsvertretung wie andern Berufsständen einzuräumen, hat sich die vork. Regierung entschlossen, die Landwirtschaftskammer in Württemberg in möglichst baldiger zur Verwirklichung zu bringen. Ein vorläufiger Gesetzentwurf ist im Ernährungsministerium bereits aufgestellt worden. Er trägt in seinen Grundzügen dem Wunsch der Landwirte nach einer selbständigen Berufsvertretung in vollem Maße Rechnung und vermeidet alle überflüssigen Beschränkungen und Bevormundungen der Landwirtschaftskammer von Seiten des Staats.

Den Bekundungen aus den landwirtschaftlichen Kreisen entsprechend, die sich mit überwiegender Mehrheit für die Einrichtung nur einer Landwirtschaftskammer in Württemberg ausgesprochen haben, sieht der Entwurf von der Errichtung mehrerer Kammern ab. Die das ganze Land umfassende Landwirtschaftskammer soll aus 48 Mitgliedern bestehen, die von den Landwirten unmittelbar im Weg der Verhältniswahl in 4 mit den Landeskreisen zusammenfallenden Wahlbezirken gewählt werden. Das aktive und passive Wahlrecht ist unter den gesetzlichen Voraussetzungen allen dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehörigen Männern und Frauen eingeräumt, die Eigentümer, Kulturleiter oder Pächter von landwirtschaftl. benutzten Grundstücken sind. Die Verfassung der Landwirtschaftskammermitglieder wird damit in Württemberg auf einem freiheitlichen Wahlrecht beruhen, wie es in keinem andern deutschen Staat für die Landwirtschaftskammern bisher besteht. Außerdem soll der Landwirtschaftskammer die Möglichkeit gegeben werden, sich durch Beiwahl von höchstens 6 Mitgliedern aus dem Kreise der Landwirtschaft. Berufsangehörigen zu ergänzen, damit hervorragende Vertreter einzelner Gebiete des landwirtschaftlichen Berufs neben den durch die allgemeinen Wahlen berufenen Mitgliedern noch

für die Kammer gewonnen werden können.

Wenn von einer Beteiligung der Arbeitnehmer an der Bildung der Landwirtschaftskammer in dem Entwurf abgesehen worden ist, so liegt der Grund darin, daß nach einer Ansicht des Reichsarbeitsamts beabsichtigt ist, im Rahmen des Arbeitskammergesetzes besondere Kommittees für die Landwirtschaft zu schaffen, neben denen für andere an die Landwirtschaftskammern angegliederte Vertretungen der landwirtschaftlichen Arbeit kein Raum wäre.

Der Aufgabenkreis der Landwirtschaftskammer umfaßt außer der gesamten Landwirtschaft auch die Forstwirtschaft und den Gartenbau und erstreckt sich nicht nur auf die Begutachtung und Beratung in allen sachlichen und wirtschaftlichen Fragen, sondern weist der Kammer insbesondere auch eine weitgehende Betätigung in der Landwirtschaftspflege zu. Mit Genehmigung der Regierung kann sie auch Einrichtungen und Veranstaltungen namentlich auf dem Gebiete der Tierzucht und des Pflanzenbaus, die bisher in der Hand des Staats lagen, selbst übernehmen und betreiben.

Weitgehende Selbständigkeit ist der Landwirtschaftskammer ferner in ihrer inneren Verwaltung und der Bildung und Besetzung ihrer Organe eingeräumt, über die sie in der Satzung und der Geschäftsordnung die näheren Bestimmungen trifft. Evident soll der Kammer zur Vertretung ihrer Angelegenheiten das Recht zur Erhebung von Umlagen gegeben werden, die nach dem Grundsteuerkapital der umlagepflichtigen Grundstücke auf die Gemeinden verteilt werden. Diese sind berechtigt, ihren Anteil nach dem Steuerbeitrag auf die einzelnen Grundstücke umzulegen.

Das Ernährungsministerium hat nunmehr den landwirtschaftlichen Genverbänden sowie einzelnen landwirtschaftlichen Interessensvertretungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gegeben. Im übrigen steht der Entwurf, der bereits gedruckt vorliegt, auch andern landwirtschaftlichen Vereinen, Verbänden und Genossenschaften sowie den einzelnen Landwirten gegen Erlass des Portos auf Wunsch zur Verfügung. Bestellungen sind an das Sekretariat der Zentralfelle für die Landwirtschaft, Stuttgart, Landesgewerkschaftsgebäude, Königsplatz 19 (Telefonnummer 8500) zu richten. Etwasige Neußerungen oder Anträge, die zu dem Entwurf gestellt werden wollen, müßten in den nächsten Wochen beim Ernährungsministerium eingehen.

— **Das Kartensystem.** Wie verlautet, ist an die Abschaffung des Kartensystems in der Ernährungsfrage wenigstens für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, in diesem Jahre noch nicht zu denken, da die voraussichtlich hoch bleibenden Preise eine Rationierung notwendig machen. Dagegen sind bald befriedigende Anfahrten in Del, Fischen und Kaffee zu erwarten.

— **Postverkehr.** Der Postverkehr mit Ostgalizien und der Bukowina ist vorläufig ganz eingestellt worden.

— **Briefe und Postkarten nach Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Neuguinea und Samoa** sind wieder zugelassen. — Im Verkehr mit der tschecho-slowakischen Republik sind vom 28. Januar ab auch Posttelegraphische zu ermäßigter Vorkosten von 5 Pfennig zugelassen. Die Telegramme dürfen nur in offener deutscher, französischer, englischer, italienischer oder spanischer Sprache abgefaßt sein.

— **Mit der Heimführung der deutschen Truppen** aus den Gebieten des Schwarzen Meeres soll am 15. Februar begonnen werden. Der Abtransport erfolgt auf deutschen Schiffen über Konstantinopel nach Triest.

— **Stellung.** Im „Vorwärts“ wird dafür eingetreten, daß die neuen Arbeitsbeschaffungsstellen in erster Linie Arbeiter, Arbeiterinnen und Staatsbeamten freigegeben werden sollen.

— **Weitere Verkehrsbeschränkung?** Ein Berliner Blatt will wissen, der Eisenbahn-Fernverkehr werde vom 10. Februar ab nur noch auf Grund besonderer Zulassungsscheine gehalten sein.

— **Nachrichten für die Truppen im Südoften.** Der Angehörigenausschuss der deutschen Truppen am Schwarzen Meer und in der Türkei hat Gelegenheit, an die Truppen in Nikolajew und Odessa und möglicherweise auch nach Hajdar Pascha (Konstantinopel) Mitteilungen gelangen zu lassen. Es kommen nur kurze Briefe im Telegrammstil, außer genauer Adresse von Absender und Empfänger, etwa 8 bis 10 Worte, in Frage. Den Angehörigen wird empfohlen, derartige Nachrichten auf Postkarte umgehend an den Angehörigenausschuss, Geschäftsstelle Charlottenburg, Zahnmannstraße, zu richten. Für die Truppen in Nikolajew und Odessa steht außerdem noch der kürzlich mit der Entente vereinbarte Weg über Feldpostamt Großes Hauptquartier, Unteradresse Nikolajew, zur Verfügung.

### Ein Deutscher

Von Otto Rupperts.

„Diesmal bin ich hoffentlich außer Verdacht,“ rief Johnson, sein spöttisches Lächeln wieder aufnehmend, „und jetzt tun Sie Ihre querköpfigen Gedanken beiseite, verfliegen Sie über meinen Vordort und lassen Sie uns mit irgend jemand ein vernünftiges Privatpiel machen!“

Frost gab einen unmutigen Laut von sich, von dem man nicht wußte, war er ablehnend oder annehmend, und wandte sich nach dem Fenster. Reichardt sah ihn dort zweimal nach einander sein Glas leeren, und es überkam ihn plötzlich wie eine unbestimmte Sorge um jenen. Halb unwillkürlich war er ihm deshalb gefolgt. „Werden Sie noch länger hier bleiben, Sir?“ fragte er, an das Fenster tretend.

„Si, natürlich — glauben Sie, ich soll wie ein gerupptes Huhn weggehen?“ war die Antwort.

„Und doch wäre das besser, Sir, als sich noch hinterdrein die Haut abzuziehen zu lassen. Sie haben ausgemachtes Unglück heute abend — lassen Sie die Karten, Mr. Frost, und kommen Sie mit mir!“

Frost hob plötzlich den Kopf und blickte Reichardt eine Sekunde lang scharf ins Auge. „Handeln Sie vielleicht nach einem Auftrag des alten Bell, Sir?“ fragte er.

In Reichardts Gesicht sah er das Blut; er öffnete den Mund und schloß ihn wieder, als finde er nicht so gleich eine Erwiderung. „Ein Schlag ins Gesicht wäre mir lieber gewesen, als das!“ sagte er endlich, sich wendend; im gleichen Augenblick aber sah er auch seinen Arm gefaßt.

„Bleiben Sie, Sir, es war nicht so schlimm gemeint!“ rief der Amerikaner mit halb unterdrückter Stimme, „ich bin ärgerlich, das ist alles — wischen Sie aber auch jetzt nicht vom Weg, wo ich zum wenigsten dem

glatten Johnson einen Denksatz anzuhängen habe.“

„Well, Sir,“ erwiderte Reichardt, sich langsam zurückwendend, „und gerade deshalb möchte ich Sie bitten, mit mir wegzugehen.“

„Wer beim —! Welches Interesse haben Sie denn dabei?“

Reichardt sagte den Arm seines Freundes und trat mit ihm noch einen Schritt weiter von den Spieltischen weg. „Sie haben mir einmal gesagt, Sir,“ begann er hier, den Blick voll in Frost's Auge ruhen lassend, „ich solle Ihre Freund sein, und das ist es, was mich zu Ihnen reden läßt. Ich weiß nicht, wie weit Ihre Verluste Sie berühren, denn mir fehlt noch jeder Maßstab für die Verhältnisse; ich weiß aber, daß Sie schon jetzt nicht mehr lalt sind, daß jeder neue Verlust Sie nur immer hartnäckiger machen wird, das Besondere wieder beizubringen. Sparen Sie deshalb Ihre Revanche auf bis zu einem glücklicheren Tage, Sir; und selbst wenn Sie mir jetzt nicht recht geben möchten, so tun Sie es, um mir zu zeigen, daß die Freundschaft, die Sie mir angeboten, nicht nur allein in Ihren Worten bestanden hat.“

„Sie sind jedenfalls ein eigentümlicher Mensch, Reichardt,“ erwiderte Frost, den jungen Deutschen mit einem lächelnden Blick betrachtend, „und ich würde sagen, die ganze Sache ist gar nicht der vielen Worte wert, wenn sie mich nicht wieder ein Stückchen näher mit Ihnen bekannt gemacht hätte. Ich soll also heute als ein gerupptes Hühnchen fortgehen und mich nicht einmal nach den Federn umsehen, — very well! Sie sollen Ihren Willen haben.“

„Frost, was beim Donner, Sie gehen?“ sagte Johnson, dem Amerikaner in den Weg tretend.

„Müssen das mit meinem Freunde Reichardt hier ansprechen,“ erwiderte dieser lachend, ohne sich aufhalten zu lassen, „er will mich durchaus nicht in Ihren

Johnson war, die Stirn runzelnd, zurückgetreten; aber als die beiden andern das Zimmer bereits verlassen, stand er noch den Blick auf die Tür geheftet und brummte zwischen den Zähnen: „Wer ist dieser Mensch eigentlich?“

12.

Die Morgendämmerung des nächsten Tages hatte sich kaum durch den bedeckten Himmel Bahn gebrochen; Reichardt streckte sich noch in seinem Bette und wartete, daß die im Kamin aufgebauten Kohlenstücke in rechten Brand geraten sollten, als plötzlich die Tür aufsprang, und John Frost mit einem lachenden: „Nichtig, hier haust er!“ eintrat. „Bleiben Sie liegen!“ rief er, als Reichardt aufstiehe, „dehnen Sie sich noch einmal und empfinden Sie, was es heißt, ein warmes Bett zu haben; es ist Wundem in der letzten Nacht nicht so gut geworden. Bei Gott, Reichardt,“ lachte er auf, „wenn ich Sie nicht schon lieb gehabt hätte, so würde ich Sie von heute an in mein Herz schließen — so eine Teufelsgeschichte!“

„Aber sagen Sie doch um Gotteswillen, was Sie zu mir führt,“ begann Reichardt, „jeht, wo kann erst Milch- und Bäckervagen ihre Besuche machen —“

„Sollen alles hören, Sir, bleiben Sie nur in Ihrer Ruhe, und ich werde es mir auch bequem machen,“ erwiderte der junge Amerikaner, sich einen Stuhl zum Aufsitzen ziehend. „Die Sache ist einfach die, Sir, daß ich neben von der Polizeistation komme, wo ich unseren Freund Johnson nebst fünf oder sechs andern entdeckt habe. Unser kleines Zimmer im Hofhaus ist letzte Nacht, etwa zwei Stunden nachdem Sie mich von dort weggezogen, von der Polizei übertrumpft, — die ganze Gesellschaft aber aufgehoben und nach der Polizei abgeführt worden. Ich muß ein ganz ungeheurer Verrät haltgefunden haben, mag der Teufel wissen, durch wen. Der Polizeihauptmann hat den Schlag und das Postwort gehabt, und der hinter Ausgang zu dem nur Wenige den Weg von außen wissen, — so bereit gewesen, daß die armen Kerle die Karte in die Hand geben mußten.“



## Wochenrundschau.

Am 6. Februar ist in Weimar die deutsche Nationalversammlung von dem Volksbeauftragten Ebert eröffnet worden. Nicht ohne Sorge blickt das deutsche Volk auf das deutsche „Beileben“ an der Stamme, um ein Wort Göttes zu gebrauchen. Wird es der Nationalversammlung beschieden sein, ihre Aufgabe, aus dem Trümmern des alten Reichs einen neuen starken und dauernden Bau zu zimmern, zu erfüllen? Wird sie das schaffen können, was das deutsche Volk in erster Linie wieder haben muß: Ordnung? Sind doch die Zustände im Reich so geworden, daß es keinen festen Punkt mehr zu geben scheint. Die Wiederherstellung der Ordnung wird also die oberste Aufgabe der Nationalversammlung sein. Deutschland muß wieder ein Rechtsstaat werden, die Majestät des Gesetzes muß wieder aufgerichtet werden, ohne das es kein Gesandenes, keine Zukunft geben kann. Die Nationalversammlung ist jetzt im Besitz aller Befugnisse. Der Rat der Volksbeauftragten, die seit herige vorläufige Reichsregierung, legte ihr die Staatsgewalt zu Füßen und der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte tat desgleichen. Nun gilt es, eine neue Regierung einzusetzen, die ihren Auftrag aus den Händen nicht einer Partei oder Klasse, sondern des ganzen Volks oder wenigstens seiner großen Mehrheit entgegennimmt. Diese Mehrheit, die eine Einheit sein soll, muß aber erst gebildet werden und man hört, daß die drei größten Parteien der Nationalversammlung, Mehrheitssozialdemokratie, das Zentrum und die bürgerliche Demokratie, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen werden, um aus ihren Reihen die Regierung zu berufen und ihr die Grundlage einer starken parlamentarischen Mehrheit zu schaffen. Die drei Parteien würden zusammen über 326 von 421 Stimmen verfügen, die Regierungsmehrheit würde demnach erheblich über zwei Drittel der Nationalversammlung betragen. Der Arbeitsplan der Versammlung enthält die drei Punkte: Schaffung der neuen Verfassung, Abschluß der Friedensverträge und Verabschiedung der neuen Not-, Steuer- und Finanzgesetze. Mit der Beendigung dieser Arbeiten, die, jede in ihrer Art, der Wiederherstellung der Ordnung im Reich dienen sollen, wird die Nationalversammlung ihre Aufgabe erledigt haben und sie wird dem neuwählenden Reichstag Platz machen. Das deutsche Volk legt seine Hoffnung auf die Nationalversammlung und bringt ihr ehrliches Vertrauen entgegen. In ihre Hand ist sein Los gelegt. Möge ihr Wirken ein Segen werden.

Der Tod der Königin Marie Theresie wird im Bayernland aufrechter betrauert. Obwohl schwer herzleidend, hat die Königin in den Kriegsjahren ihre letzten Kräfte dem Bismarck an den Verwundeten und Notleidenden gewidmet. Nach Ausbruch der Münchner Revolution am 8. November v. Js. begleitete sie den greisen König auf der Flucht nach dem Salzburgerischen. Die Familie kehrte aber bald wieder auf das Besitztum der Königin, das Schloß Wildenwart bei Prien im Chiemgau zurück, dessen Kapelle nun die sterbliche Hülle der Verstorbenen aufnehmen wird. Königin Marie Theresie, die einzige Tochter des Erzherzogs Ferdinand von Defereich-Este, Prinz von Modena, war die vierte Königin von Bayern, die erste katholische Königin, denn die drei ersten Königinnen entstammten protestantischen Fürstentümern.

Von der sogenannten Friedenskonferenz in Paris hört man gegenwärtig nicht viel. Die Verhandlungen sind bekanntlich nicht öffentlich und die große Schar der Zeitungsleute, die sich in Paris eingefunden hat, kommt in diesem Punkte nicht auf ihre Rechnung. „Gerüchteleise verlaute“ usw. heißt es in den Blättern, wenn irgend einer etwas aus den Verhandlungen aufgeschnappt zu haben glaubt. Aber man darf diesen Gerüchten nicht trauen. Da hat einer behauptet, er glaube versichern zu können, daß England und Frankreich kein so großes Gewicht mehr auf die Bezahlung ihrer Schadenersatzforderungen legen, es sei ihnen jetzt hauptsächlich darum zu tun, daß der Friede im Mai unter Dach komme. Immerhin eine reichlich lange Zeit. Die englische Regierung läßt aber die Nachricht prompt widerrufen; sie und die Konferenz denken gar nicht daran, etwas von ihren Forderungen aufzugeben. Solche Beispiele liefern sich in großer Zahl anführen. Man ist gegenwärtig, wenn man etwas über die Konferenz erfahren will, fast ganz auf die „diplomatischen Situationsberichte“ von Pava angewiesen, die von der Konferenz ausgegeben werden, weniger um etwas mitzuteilen, als um Stimmung zu machen. Es soll nämlich mit der Einstimmigkeit auch unter den fünf Großmächten nicht weit her sein. Die Engländer und Franzosen, auch die Italiener, die auf Dalmatien verzichten mußten, sind mit Wilson nicht zufrieden, da er sie an der vollen Ausbeutung des Sieges hindert. Nach neueren Berichten wird Wilson es mit der Rückkehr nach Amerika für einige Wochen, um dem Kongress seine Notlage zu verlesen, doch nicht so eilig haben, wie Pava verbreitete und wie es wohl in den Wünschen der Entemächte gelegen gewesen wäre. Jedenfalls wolle er noch, so weit es geht, durch den (deutschfeindlichen) Herrn Taft, den Amtsvorgänger Wilsons, erst in Paris vertreten lassen, wenn er den Völkerbund in den Grundzügen nach seinen Absichten gesichert habe. Die Entscheidung über die Gebietsfragen soll nach Wilson erst erledigt werden, wenn Deutschland in den Völkerbund aufgenommen ist, während Clemenceau das umgekehrte Verfahren durchsetzen möchte. Würde aber Wilson vorwegnehmend der Frage abweisen, so hätte Clemenceau gewonnenes Spiel, denn Taft würde ihm schwerlich großen Widerstand leisten. Damit würde aber einem Hauptplan Wilsons die Grundlage genommen: Die Besitzergreifung der Marschall- und Karolinen-Inseln im Stillen Weltmeer durch die Japaner zu verhindern, in die Japan als Vorposten in einem späteren Krieg gegen Amerika benützen möchte und die ihm von England in einem Geheimvertrag versprochen sind. Daher verlangte Wilson auf der Konferenz die Aufhebung aller diplomatischen Geheimverträge, soweit sie dem von allen Staaten übernommenen Programm der 14 Punkte

zuwiderlaufen. Wenn damit gewisse Anwartschaften wie z. B. der Rumänen auf Ostungarn, der Serben auf Südungarn und der Italiener auf Dalmatien hinfällig werden, so müßte das eben in Kauf genommen werden, vorausgesetzt, daß nicht irgend eine geschickte Formel gefunden werden könnte, die den Schein der Allgemeingültigkeit der Wilsonschen Forderung rettet und doch die Möglichkeit bietet, erweckte Hoffnungen und Ansprüche — auch im Stillen Weltmeer — zu befriedigen. Solch eine Formel ist ja hinsichtlich der deutschen Kolonien schon gefunden. Wilson will sie unter die Kontrolle des Völkerbundes stellen. Uns Deutschen kann es im Grunde gleichgültig sein, wer unsere Kolonien „verwaltet“, wenn sie uns schon genommen werden. Und daß sie uns genommen werden sollen, findet auch Wilson trotz des Punktes 5 seines Programms ganz in der Ordnung. Er hat auch der Entscheidung über unsere Kolonien vor der Festlegung des Völkerbundes unbedenklich zugestimmt, obgleich diese Kolonien doch gewissermaßen auch zu den Gegenständen der „Gebietsfragen“ gehören.

Im übrigen läßt sich die Friedenskonferenz zu ihren Beratungen Zeit, recht viel Zeit. So etwa Anfang Mai soll der Friedensvertrag den deutschen Bevollmächtigten zur Unterschrift vorgelegt werden, wenn unsere Lebensmittelvorräte soweit zusammengeschmolzen sind, daß wir vor der Hungersnot stehen. Dann heißt es: Vogel frei oder stirb! Ein Jammer, daß diesen Absichten in Deutschland noch vorgearbeitet wird. In den Vergewerkten wird gestreift und die Kohle brennt in der Erde, mit der wir allein das Brot bezahlen könnten, das uns der Feind — teuer genug — anbietet wird. Die Deutsch-Deisterreicher haben neuerdings 4000 Tonnen amerikanischen Weizen bekommen und dafür mußten sie 3000 Kronen ab Lager Italien für die Tonne oder 1600 Mark bezahlen, der Jentner Weizen kam also ohne die teure Fracht auf 80 Mark zu stehen. Wir werden die Frucht nicht billiger bekommen. Unsere Kriegshochpreise betragen 16 bis 17 Mark. Wie wollen wir das anders bezahlen, da von der Entente die Ausgleichung in Reichsmark abgelehnt wird, als mit verdoppelter Arbeit!

## Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

W.B. Weimar, 6. Febr. Volkbeauftragter Ebert (fortfahrend): Die Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, selbst frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnten sie nicht anders handeln. Die Revolution ehnt die Verantwortung dafür ab. Es war die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichfertige Übermut der Militärs, die das deutsche Volk in diesen Zustand gebracht haben. Sie ist auch nicht verantwortlich für die schwere Lebensmitteleute.

Aber nicht nur uns, auch unsern Gegnern hat der Krieg angeheuer Opfer auferlegt. Aus dem Gefilde der Erschaffung heraus haben unsere Gegner den Ausbeutungsgedanken in das Friedenswerk hineingetragen. Ihre Rache- und Vergewaltigungsideen fordern den schärfsten Protest heraus. Angesichts des Massenelends erscheint die Schuldfrage beinahe klein; gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, alle zur Verantwortung zu ziehen denen ein abläßliches Vergehen oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Weshalb haben nach ihrem eigenen Zeugnis unsere Gegner gekämpft? Um den „Kaiserismus“ zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr; er ist für immer erledigt. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr erheben. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und werden schonungslos durchgeführt. Wir waren es die Gegner, uns nicht zum Ausruhen zu treiben. Wie General von Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten, um den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschleudern. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl, zu verhungern, und der Schmach. Auch eine sozialistische Regierung muß daran festhalten: Jeder erste Entbehrung als Entehrung. Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt; jetzt gebe man uns den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben. Das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine angehörende Stellung zu erwerben. Deutschland kann der Welt noch viel leisten. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen der den wahren Wohlstand und die Kultur des Volks erhebt, dem Sozialismus der werdenden Weltlichkeit. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen in Österreich dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen.

Die provisorische Regierung hat eine ablehrende Antwort gegeben. Wir haben gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen A- und S-Räte, unsere Kraft eingesetzt, um die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Wenn Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entspricht, müssen die Gründe gerecht gemündigt werden. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Auf der andern Seite rufen wir die Arbeiterschaft, auf alle Kräfte einzusetzen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität; nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zerrüttung. Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwundliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Gewaltmacht zur geistigen Reife. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen: Die Rechte des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialistischem Geiste und sozialistischer Art zu erfüllen. Wir wollen erreichen ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit allen dessen, was Menschlichkeit trägt. (Leb. Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit.)

Hieran beistimmt der 68jährige Abg. Pannkuch (Soz.) den Präsidentenplatz. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben. Diese Nationalversammlung allein hat von jetzt ab in Deutschland zu entscheiden. Wer ihre unbeschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an der deutschen Majestät und Freiheit. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt durch die besitzende Gewalt des Friedens.

Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstags als provisorische Geschäftsordnung der Nationalversammlung auf Vorschlag des Alterspräsidenten angenommen. Der darauf vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 397 Abgeordneten. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag nachmittag 3 Uhr anberaumt.

Weimar, 6. Febr. Der Eröffnungssitzung der Nationalversammlung wohnten bei: der dänische Gesandte Graf Moltke, der persische Gesandte Hussein Kuli Khan, der schwedische Gesandte Freiherr von Essen, der schweizerische Gesandte Mercier, der finnische Gesandte Jueli und der litauische Gesandte Schaulys, ferner verschiedene Mitglieder des diplomatischen Korps; auch der preussische Gesandte Graf Wedel mit Gemahlin war anwesend.

Der Abg. Karl Hildenbrand-Stuttgart hat die ihm von der soz. Partei angetragene Kandidatur des Präsidenten der Nationalversammlung abgelehnt.

Auf eine Anfrage der soz. Fraktion, ob die Unabhängigen bereit seien, nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie an der Regierung mitzuwirken, haben die Unabhängigen eine ablehnende Antwort gegeben.

Infolge der drohenden Haltung der spartakistischen Gruppen in den thüringischen Städten hat die Regierung für den Sicherheitsdienst etwa 25 000 Mann, darunter Artillerie und Minenverwerfungsabteilungen, rings um Weimar einquartiert. Das Nationaltheater wird von ausgewählten Mannschaften des Berliner Polizeikorps bewacht. (Die erste Truppenwendung aus Berlin war nach ihrem Eintreffen in Weimar vom dortigen Arbeiter- und Soldatenrat kurzerhand entwaflnet worden und die Waffen wurden erst nach 24stündigen Verhandlungen der Berliner Regierung wieder herausgegeben.)

Weimar, 7. Febr. Unter Führung des Generals Scheuch wünschte eine elsässische Abordnung die Teilnahme an der Nationalversammlung als Vertretung der vertriebenen Elsässer. Trotz Zustimmung der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und von Teilen der Demokraten wurde die Teilnahme der Elsässer an den Sitzungen aus förmlichen Gründen abgelehnt, und so der beabsichtigte Protest der Deutsch-Elsässer gegen die französische Vergewaltigung vereitelt.

W.B. Weimar, 7. Febr. (2. Tag.) Um 3/4 Uhr eröffnete Alterspräsident Pannkuch die Sitzung. Zunächst verlas Schriftführer Neumann-Hofer eine große Anzahl von Begrüßungstelegrammen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung. Sodann wurde zur Wahl des Präsidenten

der Nationalversammlung geschritten. Von den abgegebenen 39 Stimmen erhielt Dr. David 37, 2 waren zerplittert. 2 Stimmzettel waren unbeschrieben. Dr. David erklärte, daß er die Wahl annähme. Er nahm hierauf den Präsidentenposten ein und sagte:

Gewaltige Aufgaben harren unser. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengefallen. Wir wollen einen neuen errichten. An Stelle des früheren auf Vorrechte Einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebautes System soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. (Leb. Bravo!) Der Wille der Mehrheit ist die letzte Entscheidung in allen Meinungs- und Interessengegenständen innerhalb des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundgesetz kann die Gefahren beschwören, die sonst uns drohen, die aus den inneren Gegensätzen und Kämpfen entspringen können.

Neuerdings wird gemeldet, die Verhandlungen wegen der Zusammenlegung der Regierung seien noch nicht abgeschlossen. — Die Frage der Zulassung der elsässischen Abgeordneten zur Nationalversammlung ist bis zur Stunde ebenfalls noch nicht entschieden. Es ist in Aussicht genommen, die Abgeordneten zu den Sitzungen des Hauptauschusses zuzulassen.

## Der internationale Sozialistenkongress.

Bern, 6. Febr. Die Konferenz fordert die Proletarier aller Länder auf, mit allen Kräften auf ihre Regierungen Einfluß auszuüben, um ihre Grundzüge bei dem Abschluß des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen damit zu einem dauernden zu gestalten.

Der Vorsitzende verliest zwei Entschlüsseungen der deutschen Mehrheitsdelegierten. Diejenige über die staatliche Zugehörigkeit lautet:

Die deutsche Sozialdemokratie wolle die Entscheidung über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens dem freien Beschluß seiner Bevölkerung zu, die vor Ausbruch des Krieges im Lande anständig war. Sie wolle die friedlichen Beziehungen zu dem französischen Volke zu dauernden gestalten.

Die Entschlüsseungen über die Zurückweisung französischer imperialistischer Absichten auf das Saargebiet, die Pfalz und das linke Rheinufer lautet:

Die Absichten der französischen Imperialisten auf Abspaltung deutscher Volksteile vom großen Körper der gesamten Nation weisen die deutschen Sozialdemokraten mit aller Schärfe zurück. Jede Abtrennung dieser Gebiete vom deutschen Reich, jede politische oder wirtschaftliche durch den Friedensvertrag erzwungene Sonderstellung wäre unannehmbar mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volks. Sie würde seine Lebensinteressen verletzen, eine Atmosphäre des Hasses schaffen, damit den Keim zu neuen Kriegen legen und deshalb unvereinbar sei mit dem Rechtsfrieden und mit den Grundsätzen des zu gründenden Völkerbundes.

Am Schluß der Vormittagsitzung wurde die Entschlüsseungen über den Völkerbund angenommen.

Die Nachmittagsitzung begann mit der Eröffnung der Erörterung über die Gebietsfragen.

Mistral (Frankreich) legte eine Entschlüsseungen vor, die u. a. das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordert. In unstrittigen Gebieten soll die Entscheidung über Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Aufsicht des Völkerbundes herbeigeführt werden.

Die Konferenz verurteilt das Recht des Siegers auf Beute und alle Bündnisverträge, die ihm gestatten, durch einen Eintritt in den Krieg einen Gebietszuwachs auf Kosten fremder Völker zu suchen.



Grumbach (Erfasser) betont, die deutschen Mehrheitssozialisten haben bis zum letzten Augenblick das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer abgelehnt und sich nur in Folge der Niederlage dazu bekannt. Die Elsaß-Lothringische Arbeiterkammer erkläre in dem Anschluß an Frankreich die Erfüllung ihrer Wünsche. Mostenbuhr wird im Namen der deutschen Mehrheitssozialisten Grumbach erwidern.

### Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 6. Febr. Zur 2. Sitzung sind 4 englische und 4 italienische Delegierte neu eingetroffen. Jouhaux (Paris) gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Konferenz sich mit der internationalen Arbeitergesetzgebung befassen solle. Es sei eine große Ausbeutung der Arbeiterschaft zu befürchten, weshalb eine Neuregelung der Warenherstellung nach anderen Gesichtspunkten anzustreben sei. Die internationale Gesetzgebung müsse die Arbeiter in erster Linie bestimmen. Für die weiblichen Arbeitskräfte sei die gleiche Regelung wie für die männlichen zu verlangen.

## Neues vom Tage.

### 25 Milliarden gefordert!

Berlin, 7. Febr. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt, sofort nach Bildung der neuen vorläufigen Reichsgewalt werde der Nationalversammlung eine Kreditforderung von 25 Milliarden Mark zugehen. Diese noch nie dagewesene Forderung werde damit begründet, daß die Ausgaben des Reichs gegenwärtig erheblich höher seien als selbst in der Kriegszeit. Vom 9. November 1918 bis 9. Februar 1919 seien 12 Milliarden verausgabt worden.

### Die bayerischen Eisenbahnen.

München, 7. Febr. Der Haushalt der bayerischen Staatsbahnen wird für das Jahr 1918 wahrscheinlich mit einem Abmangel von über 90 Mill. Mark abschließen. Das Jahr 1919 wird gegenüber dem Voranschlag sogar eine Mehrausgabe von etwa 170 Millionen bringen.

### Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 7. Febr. Auf die deutsche Bitte, die jetzigen Gefangenenlager in Mafkat, Darmstadt, Limburg und Mannheim von den Besatzungsstruppen räumen zu lassen, ließ Marshall Foch erklären, daß diese Lager besetzt bleiben, um darin nötigenfalls Elsaß-Lothring aus Gesundheitsrücksichten unterbringen zu können.

Bern, 7. Febr. Wie die Zeitungen aus Mey melden, soll das Saargebiet wirtschaftlich und hinsichtlich seiner Versorgung mit Elsaß-Lothringen gleichgestellt werden. (Von da ist es nur noch ein Schritt zur Einverleibung.)

### Die Spartakisten.

Hamburg, 7. Febr. Die Einigungsverhandlungen zwischen der gesamten Beamten- und den Radikalen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Entwaffnung der gesamten Arbeiterschaft umgehend vorgenommen wird. Die Lebensmittellager stehen unter der Kontrolle des A- und S-Rats und werden nicht mehr bewacht. Der A- und S-Rat verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die gegen die Regierung gerichtet sind. Die Beamtenorganisationen werden zu allen Verhandlungen zugezogen.

Lübeck, 7. Febr. Die Garnison und Volkswehr von Lübeck haben es abgelehnt, sich vom Arbeiter- und Soldatenrat gegen die Regierungstruppen in Bremen verwenden zu lassen.

Düsseldorf, 7. Febr. Infolge Verhandlungen zwischen dem Ausschussrat des Arbeiterrats und den Vertretern der Vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen ist der Generalfreist der Beamten und die Aufzählung zur vorläufigen Zurückhaltung von Geldzahlungen und Steuern an die Stadtstaaten aufgehoben worden. Der Ausschussrat hat Presse- und Versammlungsfreiheit gewährleistet, weitere Eingriffe in die persönliche Freiheit und das Eigentum der Einwohner seien nicht beabsichtigt. Die Wahlen zur Stadtverwaltung sollen nicht gestört werden.

Newyork, 7. Febr. Der Besatzung der deutschen Lebensmittelschiffe wurde in Boston verboten, an Land zu gehen.

### Die Heimkehr der Deutsch-Ostafrikaner.

Kapstadt, 7. Febr. (Neuter.) Der Dampfer „Feldmarschall“ ist mit General v. Lettow-Vorbeck, dem Kapitän des Kreuzers „Königsberg“ und einer großen Zahl deutscher Frauen und Kinder, die nach Deutschland heimgeführt werden, aus Deutsch-Ostafrika hier eingetroffen.

### Die deutsche Handelsflotte verloren.

London, 7. Febr. Europa-Express meldet, in Paris sei beschlossen worden, die deutschen Handelschiffe, die für die Beförderung des Lebensmittelversorgungsgefordert wurden, nicht mehr zurückzugeben. (Das war vorauszu sehen. D. Schr.)

### Hungerrevolten im Elsaß.

Bern, 7. Febr. Der „Bund“ berichtet: Im Elsaß hat die große Lebensmittelsteuerung zu Plünderungen auf den Wochenmärkten, in den Metzgereien und Bäckereien geführt. Von der durch Soldaten verstärkten Gendarmarie wurden 100 Personen verhaftet. Die elssässische Presse versucht die französische Regierung, Lebensmittel zu senden und Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, da es sonst zu weiteren und größeren Ausschreitungen kommen könne.

### Der Anschluß Oesterreichs.

Wien, 7. Febr. Die Anschlußfrage spielt in der immer reger werdenden Wahlbewegung die Hauptrolle. Staatssekretär Bauer betonte in einer Versammlung, daß es kein anderer Weg als der Anschluß an Deutschland. — Der Verband aller Wirtschenschaftler fordert alle Mitstreiter auf, nur solchen Wahlbewerbern deutschen

Blut die Stimme zu geben, die ausdrücklich erklären, für den Anschluß an das Deutsche Reich einzutreten. Der christlich-soziale Universitätsprofessor Dr. Seipel erklärte dagegen mit allem Nachdruck: Sollte Gefahr bestehen, daß das deutsche Volk eine auf Gewaltherrschaft aufgebaute Republik und Diktatur einer Partei oder Klasse bekommt, dann darf uns nichts daran liegen, in dieses Deutschland einzutreten. Deutsch-Oesterreich und Wien in eine bolschewistische Republik hineinzusetzen, wäre unerhörter Landes- und Volksverrat.

### Von der Friedenskonferenz.

Haag, 7. Febr. Aus Paris wird gemeldet: Der amerikanische Staatssekretär Lansing erklärte Pressevertretern gegenüber, Deutschland sei den Verbündeten auf Gnade und Ungnade übergeben, die auch eine rechtmäßige Entschädigung fordern werden, aber Ueberreibungen könne er nicht zustimmen, sie würden nur neue Reibungen nach sich ziehen.

### Ein Ausweg.

Paris, 7. Febr. „Echo de Paris“ schreibt, die Abreise Wilsons nach Amerika lasse sich nicht aufschieben. Wilson hat es aber durchgesetzt, daß die Verhandlungen während seiner Abwesenheit unterbrochen werden müssen, was das Blatt sehr bedauert. In der Zwischenzeit werden die deutsche und die österreichische Nationalversammlung den Anschluß Oesterreichs an Deutschland beschließen und die Berner Sozialistenkonferenz werde ihre Forderungen aufstellen, ohne daß die Alliierten dazu Stellung nehmen können. (Der wirkliche Grund des Bedauerns darüber, daß die Verhandlungen nicht in Abwesenheit Wilsons fortgeführt werden dürfen, wird wohl ein anderer sein. D. Schr.)

### Die tschechischen Forderungen.

Paris, 7. Febr. Die tschechischen Führer Kramasch und Benes legten der Friedenskonferenz die Forderungen der Tschechen vor. Sie verlangen die Einverleibung (in den böhmischen Tschechenstaat) von Mähren, Oesterreich-Schlesien, Slowakei (Nordwestungarn), der Gebiete von Olag und Ratibor (Preussisch-Schlesien) und Gmunden und Temenan (Niederösterreich), ferner eine Landverbindung mit der Ostsee.

Neben Meer, Polka die Polen Danzig erhalten, solle auch Tschechien einen Zugang zur Ostsee erhalten, wodurch Olbe, Donau und Weichsel und die Eisenbahnen Preßburg-Triest, Preßburg-Niime und Olag-Preßburg in tschechisches Gebiet fielen.

### Die polnischen Wahlen.

Warschau, 7. Febr. Die Wahlen ergeben 400 Sitze für den nationalen Block, 80 für die Sozialisten und 16 für die Juden.

### Der Ausbruch in England.

London, 7. Febr. Im Bezirk Glasgow sind 120 000 Arbeiter ausländisch, 10 000 Mann englischer Truppen haben die Stadt besetzt.

### Die Türken verlassen Konstantinopel.

Zürich, 7. Febr. Die Züricher „Stampa“ meldet, die türkischen Behörden verlassen Konstantinopel, das von weiteren Truppen der Verbündeten besetzt wird.

## Vermischtes.

Eröffnung. Die Leichen des verstorbenen Fabrikanten Karl Hagenbacher haben der Stadt 200 000 Mk. zur Errichtung eines Solbads mit Waldschule für schwächliche Kinder vermacht. Ungarbild. Dem „Heldentag“ wird versichert, der bekannte Heerführer General v. Derming, der Kriegsausbruch kommandierender General des 15. Armekorps in Strahburg und ein anderer General namens Schöpflin (?) haben sich der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Hochschulkollegen von Dr. Brunschwiler. Das Bayer. Ministerium für militärische Angelegenheiten erteilt Berufsoffizieren, die sich dem Studium zuwenden wollen, bis zur Klärung der Verhältnisse entsprechenden Urlaub. Die Offiziere sind an den Universitäten vorläufig als ordentliche Studenten zugelassen, sofern sie sonstigen Voraussetzungen genügen sind.

Auch ein Fortschritt. Am 4. ds. Ms. waren an fast allen höheren Schulen und Strassen in München Anschläge in großer Zahl zu sehen. Die Befreiung von dem anmaßenden Stumpfsinn der Schule hehchten und zum Schulstreik aufrufen. Diese unglückliche Ueberhebung scheint aus Mittelalterlichkeit zu stammen.

Die Tanzbelästigung. Seit 25. Dezember gab es in München 2000 Tanzbelästigungen. In der Habellerstraße in Schwabing hat die Polizei dieser Tage 1 1/2 Stunden gebraucht, um im Hofraum auszuräumen, in der 80 Personen kostümiert anzusehen. Ausweislos wurden auf Kautombilen zur Polizeidirektion gebracht.

Dauerhaft eines „Zeppelins“. Aus einem Artikel im „Frankfurter Mittagblatt“ erzählt man, daß das Zeppelinluftschiff 1. ds. November 1917 auf Befehl der Admiralität von S. d. vulgarien aus eine Fahrt nach Deutsch-Ostafrika unternommen sollte um den deutschen Truppen Munition und Argumente zu bringen. Als das Luftschiff schon über Abartum (Oberägypten) nach Zurücklegung von mehr als der Hälfte des Weges gestiegen war, kam der Befehl zur Rückkehr. Das Luftschiff kehrte nach 80 Flugstunden und Bewältigung von 6800 Kilometern ohne Landung zurück. Zwei Monate später bombardierte dasselbe Luftschiff Neapel. Ende Februar 1918 ging es bei Oranien unter.

Brand. In Wetzwill (St. Gallen) ist am Donnerstagabend das Armenhaus abgebrannt. Aus den Trümmern wurden 80 verhehlte Leichen geborgen, 5 Insassen werden noch ermittelt. Abtransport von Kriegsgefangenen. Regensburg ist Sammelpunkt der Kriegsgefangenen, die auf der Donau abbeordert werden. 200 000 Serben sind im Abtransport begriffen. Ihnen folgen 100 000 Donkosaken, Ukrainer und Südrussen. Drei Schlepplöße, die hierzu verwendet werden, nehmen auf dem Rückwege deutsche Kriegsgefangene mit.

Die Valuta. Die deutsche Reichsmark galt am 5. Februar in der Schweiz 55 Rappen oder 4 1/2 Pf. Das ist nur noch der hundertste Teil des Silberwertes. Die österreichische Krone sank auf 27 Rappen oder 2 1/2 Pf. (Friedenskurs 85 Pf.).

Der Marschanzug. Die viel umstrittene Frage des Marschanzugs ist für das württ. Armeekorps neu geregelt worden. Es kommen nach vorläufiger Berechnung no. d. h. 100 000 Entlassungsanzüge in Betracht, das sind etwa 50 000 Gefangene in Rechnung gestellt. Einen Anzug erhalten nur Bedürftige, und zwar Kriegsinvaliden, die 50 Prozent und mehr erwerbsunfähig sind und am 1. April v. ds. oder später entlassen worden sind, ferner

alle vom 1. Juli 1915 entlassenen Mannschaften, wenn sie länger als 6 Monate gedient haben und im Felde standen; endlich die zur Entlassung kommenden Mannschaften, sofern sie älteren Jahrgängen als 98 angehören oder mindestens 12 Monate gedient und im Felde standen, nur bei Bedürftigkeit.

## Württemberg.

### Verfassungsauswurf der Landesversammlung.

Stuttgart, 6. Febr. Der Verfassungsausschuss hielt gestern nachmittags seine erste Sitzung ab. Bei der Erörterung des § 1 der Verfassungsurkunde wurde ein Antrag Crispian (M.S.P.), Württemberg nur als Provinz zu halten, ein deutsches Einheitsland zu gestalten, mit allen gegen die Stimmen Crispians abgelehnt. Die Vertreter aller anderen Parteien, wie auch die Vertreter der Regierung betonten, daß sie am Bundescharakter des Reichs und an der Selbstständigkeit Württembergs nachdrücklich festhalten. Auch die Frage des Zusammenschlusses von Württemberg, Baden und Hohenzollern wurde erörtert. Schließlich wurde der § 1 des § 1 in folgender von Bazille (V.P.) entworfenen Fassung mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen: „Der Staat Württemberg ist ein Staat innerhalb des Deutschen Reichs.“ Der § 2 des § 1: „Er übt seine Staatshoheit aus.“ Aufgabe dieser Verfassung und der des Deutschen Reiches nach wurde mit 15 gegen 7 Stimmen angenommen. Ferner wurde § 2 Abs. 1 mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen bei einer Enthaltung: „Alle Landesteile Württembergs in ihrem gegenwärtigen Bestand bilden das Staatsgebiet.“ Eintragung wurde vom Ausschuss eine Entschädigung Bazille angenommen, die die Regierung ersucht, mit den anderen Staaten in Verhandlungen wegen der Befestigung von Eßlingen, Esslingen und Korbdomänen einzutreten. § 3 wurde in folgender Fassung nach Ablehnung von Anträgen Bazilles und Crispian angenommen: „Alle Staatsgewalt in Württemberg geht vom Volk aus.“ (Entlaste heißt ein Landsteil, der von einem anderen Staat eingeschlossen ist. So ist z. B. Wimpfen a. Neckar, das heilsch, aber von württembergischen Gebiet umschlossen ist, für Württemberg eine Enklave. Dagegen ist Hohenwiel, das, obgleich württembergisch, von bairischem Gebiet eingeschlossen ist, eine Exklave. D. Schr.)

Stuttgart, 7. Febr. Wegen die Tanzbelustigungen. Eine geschlossene Mittel- oder Versammlung der Württ. Bürgerpartei richtete an die Regierung die Bitte, in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse alle öffentlichen Tanz- und Maskenveranstaltungen zu verbieten.

Stuttgart, 7. Febr. (Zum Raubmord in Mählingen.) Der Mörder der Wirtschefrau Rosa Metzger in Mählingen ist der 27jährige Mechaniker Hans Sorg von Stuttgart. Sorg war am 29. Januar aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis entwichen und der Verdacht lenkte sich alsbald auf ihn. Bewohner Mählingens erkannten in Lichtbildern Sorgs den Menschen, der sich am Tage des Mordes in Mählingen herumgetrieben hatte. Der Verdacht verstärkte sich, da Sorg silberne 50 Pfennigstücke, die von dem Raub herüberbrachten, in verschiedenen Wirtschaften veräußerte. Auf der Entschlossenheit einiger Männer konnte Sorg dann in der Nacht zum Donnerstag von Beamten der Kriminalpolizei festgenommen werden. Nach hartnäckigem Leugnen legte er schließlich, da die Beweise erdrückend waren, ein Geständnis ab. Der Schreiner Heinrich Baas in Mählingen und dessen Frau, die den Sorg zum Raubmord angeführt hatten, sind gleichfalls verhaftet.

Stuttgart, 7. Febr. (Schubpol.) Durch die Tätigkeit der Schubpol wurde in den Monaten Dezember und Januar gestohlenen Deeresgut im Wert von 1 015 885 M. gerettet.

Stuttgart, 7. Febr. (Einbruch.) Wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, ist in der vergangenen Nacht in der Spartakusbücherei in Degerloch eingebrochen und das Telefon gestohlen worden. Die Schränke wurden ausgeleert und ein fertiger Satz aus der Maschine genommen und zusammengepackt, Flugblätter wurden auf dem Boden zertrümmert und sonstiger Unatug verübt.

Böblingen, 7. Febr. (Wettbewerb.) Die Stadtgemeinde hat für die Anfertigung von Bauplänen für die Erweiterung der Stadt im Wege des Wettbewerbs für Architekten und Ingenieure Preise von insgesamt 10 000 Mark ausgesetzt. — Die Gemeinde Magstadt hat den ausmarschiereten Kriegern eine Geschenke von 20 000 Mark überwiesen.

Gröningen, 7. Febr. (Etwas Schafdieb.) Der Tagelöhner Debach von Röttingen wurde erwischt, als er ein Schaf aus den Hirsch stahl und es abschachtete.

Heilbronn, 7. Febr. (Notstandsarbeit.) Der Eisenbahnausschuss der Zwiefaltener Ab hat an Regierung und Landesversammlung die Bitte gerichtet, die Erbauung einer Stichbahn von Kleinengstingen über Bernloch und Oberstetten nach Kronstetten und Tigrisfeld baldigst in Angriff zu nehmen.

Mittelstadt, 7. Febr. (Das böse Gewissen.) Das hiesige Pfarramt erhielt vor einigen Tagen einen unterschriebenen Brief mit folgendem Inhalt: „Da ich schwer krank darniederliege, läßt es mir keine Ruhe, Ihnen mitzuteilen, daß ich im Dezember v. J. vor der Demütigung 22 Pfund Mark entwendete. Da ich den Lohn nicht mehr habe, lege ich 50 Mark bei und bitte Sie, diese dem Bestohlenen zu übergeben.“ Die 50 Mk. kamen diesem recht gelegen, da er als Arbeiter mit großer Familie über ein Jahr arbeitsunfähig und nur zum Teil entschädigt ist.

Ulm, 7. Febr. (In den Ruhestand.) Dem Vernehmen nach beabsichtigt Oberbürgermeister Dr. von Wagner, der kürzlich seinen Gesundheitszustand in Fällingen eingehend untersuchen ließ, auf Grund dieser Untersuchung sich in kurzer Zeit in den Ruhestand zu begeben.

St. Gallen. Auf die morgen in der Linde stattfindende Lichtbildervorführung weisen wir besonders hin. Das Programm enthält u. a. ein Kriminalstück „Der König der Nacht“ 4 Akten, sowie ein Lustspiel „Das fingierte Duell“ 2 Akten. Löhnen wir die Mähen des Dr. Romeisch durch einen abtreibenden Besuch.



### Eieraufbringung im Wirtschaftsjahr 1919. Ermäßigung der Lieferungs-schuldigkeit

Mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle wird in Abänderung der oberamtlichen Bekanntmachung über Eieraufbringung im Wirtschaftsjahr 1919 vom 23. ds. Mts. — Entz. Nr. 22 — folgendes bestimmt:

**Hühner:** Bei der Berechnung der Lieferungs-schuldigkeit bleibt eine Henne auf den Kopf eines jeden Haushaltungsmitglieds außer Anrechnung.

Für jede überschießende Henne sind im Jahre 40 (vierzig) Eier und wenn mehr als 10 Hühner gleichzeitig gehalten werden, von jeder überschießenden Henne 45 (fünf- und vierzig) Eier abzuliefern.

**Beispiele:** 8 Haushaltungsmitglieder 8 Hennen. Ablieferungs-schuldigkeit: 0; 8 Haushaltungsmitglieder, 10 Hennen. Ablieferungs-schuldigkeit: 10—8 = 2 überschießende Hennen a 40—80 Eier.

8 Haushaltungsmitglieder, 13 Hennen. Ablieferungs-schuldigkeit: 13—8=5 überschießende Hennen a 45—225 Eier.

**Hühner und Enten:** Werden neben Hühnern noch Enten gehalten und ist die Zahl der Hühner kleiner als die der Haushaltungsmitglieder, so bleibt für jedes überschießende Haushaltungsmitglied weiterhin eine Ente außer Anrechnung. Für jede überschießende Ente sind sodann 20 Eier im Jahr abzuliefern.

**Beispiel:** 8 Haushaltungsmitglieder, 4 Hennen und 10 Enten. Ablieferungs-schuldigkeit: 14 Stück Geflügel, darunter 14—8=6 überschießende Enten a 20—120 Enteneier.

**Enten:** Werden nur Enten gehalten, so bleiben je zwei Enten auf den Kopf eines jeden Haushaltungsmitglieds außer Anrechnung für jede überschießende Ente sind 20 (zwanzig) Eier im Jahr abzuliefern.

**Beispiel:** 8 Haushaltungsmitglieder, 23 Enten. Ablieferungs-schuldigkeit: 23—16=7 überschießende Enten a 20—40 Enteneier.

Die Lieferungs-schuldigkeit muß, wenn der Geflügelhalter seine Pflicht nicht schon vorher erfüllen will, spätestens bis Ende Juli 1919, und im einzelnen zu folgenden Terminen erfüllt sein, d. h. von der Jahresmenge müssen abgeliefert werden:

für jede überschießende Henne bzw. jede überschießende Ente

bei Geflügelhaltern		Enten:	
bis zu 10 Hühnern:	mehr als 10 Hühner:	bis zu 10 Enten:	mehr als 10 Enten:
1. 5 weitere 15 (27); weitere 14 (24); weitere 7 (18)	2. 6 weitere 10 (37); weitere 11 (30); weitere 5 (8)	1. 5 weitere 15 (27); weitere 14 (24); weitere 7 (18)	2. 6 weitere 10 (37); weitere 11 (30); weitere 5 (8)
3. 7 weitere 3 (40); weitere 6 (45); weitere 2 (20)		3. 7 weitere 3 (40); weitere 6 (45); weitere 2 (20)	

Die Herren Ortsvorsteher wollen Vorstehendes gefl. alsbald in ortsüblicher Weise und durch Aushang am Rathaus bekanntgeben. So werden besonders auf § 6 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 27. Februar 1917 in der Fassung vom 26. September 1918 betr. die Eieraufbringung im Wirtschaftsjahr 1919 — Staatsanz. Nr. 227 von 1918 — hingewiesen.

Hienach hatten die Gemeinden für die Erfüllung der gesamten Lieferungs-schuldigkeit der Geflügelhalter in der Weise, daß ihnen die etwaige Minderlieferung einzelner Lieferungs-pflichtigen als Eierempfang angerechnet wird und daß sich ihre Lieferungs-schuldigkeit infolge der Minderlieferung einzelner Lieferungs-pflichtigen nicht ermäßigt. Ferner werden, unbeschadet der etwaigen dienstrechtlichen Haftbarkeit von Gemeinde-beamten, die Landesversorgungsstelle bzw. der Kommunal-verband innerhalb ihrer Verteilungsbefugnis die Zuteilung anderer Bedarfsgegenstände (Zucker) an die sämigen Gemeinden entsprechend kürzen.

Den 31. Januar 1919. O. R. Gaifer.  
Mit der Bitte um Beachtung bekannt gemacht.  
Wildbad, den 5. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt Bägner.

### Muszugmehl.

Die Abgabe von Krankenmehl an Bezugsberechtigte erfolgt am Montag Nachmittag von 2—4 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

### Bekanntmachung.

Das Gesuch, das von einem Teil der Einwohnerschaft betr. Weiterbeziehen der Milch direkt vom Kuhhalter, eingereicht wurde, ist nunmehr neuerdings vom Oberamt, abschlägig beschieden worden und muß daher sämtliche Milch auf der Ortsammelstelle abgeholt werden.

Es muß daher nochmals auf die Bekanntmachung betr. Milchregelung verwiesen werden, daß sich sowohl der Verbraucher als auch der Kuhhalter bei Zuwiderhandlung strafbar macht.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

### Postkürschner,

sind wieder eingetroffen bei  
Robert Treiber.

**Evang. Gottesdienst.** 5 Sonntag, nach Erscheinungsf. Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtvicar Kemppis.

Vorm. 11 Uhr Kinder-gottesdienst nachm. 1 Uhr Christl. Lehre (Töchter) Stadtpfarrer Ködler.

nachm. 2 Uhr Predigt in Sprollenhaus Stadtvicar Kemppis abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Ködler.

**Kath. Gottesdienst.** Sonntag den 9. Februar 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. 2 Uhr Christl. u. Andacht.

Montag keine hl. Messe, an den übrigen Werktagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.

Freitag Abend 6 1/2 Uhr Betstunde. Veicht: Samstag von 4 Uhr an.

Kommunion Sonntag um 7 1/2 u. 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

**Postamtliches.** Post-Schalterdienststunden vom 10. Febr. an: Werktags 9—12 Uhr Vorm. 3—6 Uhr Nachm. Sonntags 11—12 Uhr Vorm.

# Kinotheater z. alten Linde

Sonntag, den 9. Februar

nachmittags 3 Uhr und abends von 6 Uhr ab  
erstklassige Lichtspiele.

## Geschäftsübernahme.

Die Medizinal-Drogerie und das Photohaus

von Grundner, Nachfolger H. Erdmann

haben wir mit dem 1. Februar ds. J. übernommen.

Wir werden bemüht sein, den Ansprüchen und Wünschen unserer verehrl. Kundschaft in weitgehendster Weise zu entsprechen

Unsere photographische Abteilung

bearbeitet alle Aufträge in nur fachmännisch vollendeter Ausführung bei billiger Berechnung.

Hochachtungsvoll

A. Schmit

W. Schmit

Wildbad.

Am Sonntag, den 9. Februar 1919,  
nachm. 5 Uhr

findet im Gasthaus zum goldenen Lamm ein

### öffentlicher Vortrag

von Fräulein Marie Springer, Lehrerin am Mädchengymnasium in Stuttgart

über  
**Völkerbund und  
Eziehungsformen**

Statt.  
Hiezu wird jedermann freundlich einladen  
Deutsche Friedensgesellschaft.

In Wildbad oder nächster Umgebung gelegenes, massiv erbautes, auch während des Winters wohlilchen,

### Bäuschens

mit 5—6 heizbaren Zimmern nebst reichlichem Zubehör, etwas Garten und

**kleinem Seitengebäude**

zu kaufen gesucht. Elektr. Licht, Gas, Wasserleitung, Vorfenster und Innenklosett ist Bedingung.

M. Schenk, Chemnitz Germaniastr. 18 III.

Sämtliche

**hiefige Handwerksmeister**

werden am Sonntag den 9. Febr. nachmittags 2 Uhr zu einer

**gemeinsamen Aussprache**

ins Hotel zum gold. Lamm hier eingeladen. Es liegt im Interesse eines jeden einzelnen sich an derselbigen zu beteiligen.

**St. aromatischer Mittelschnitttabak**

großes Paket Mk. 1,45  
Zigarren zu 25, 30, 40, 50 und 70 Pfg.  
Zigaretten von 6 Pfg. an.

bei  
Chr. Schmid u. Sohn.  
Tabakwarengroßhandlung König-Karlstraße 68 und 71

## Hypotheken-Darlehen

an pünktliche Zinszahler abzugeben.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft  
Filiale Wildbad.

Heute g bis  
Baldorf Maria Zigaretten:  
zu 6, 8, 10, 12, 15 und 20  
im Zigaretten-spezialgeschäft  
Chr. Schmid u. Sohn

Dr. Hölzies  
Krampfhusten - Tropfen

sind vorrätig  
in allen Apotheken

Fleißiges jüngeres  
Mädchen

aus vorbildlicher Familie für  
besten Haushalt

gesucht.

Angebote unter Nr. 227 an  
die Exped. ds. Blattes.

Kleine  
Wohnung

mit Küche, Keller und Zubehör  
auf 1. April evtl. früher zu  
vermieten

**Kühler Brunnen.**

Eine trachtige schöne  
Milchkuh

hat zu verkaufen  
Hotel Altmpp.

Kranz  
Lieder  
Wildbad.

Heute Samstag abend 8  
Uhr  
Singstunde

bei Mitglied Schäffler Gast-  
haus zur Eisenbahn.

Stimmbegabte Sänger sind  
freudlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Neuenbürg.  
Christliches, fleißiges  
Mädchen

für die Küche, dem Gelegen-  
heit geboten ist, das Kochen zu  
erlernen.

Ebendasselbst ein

**Mädchen**

zum besorgen der Zimmer auf  
15. Febr. gesucht.

Frau Wilh. Reiß,  
zum Dösen.

Empfehle sämtliche Garten-  
samen:

**Stoßzwiebel,  
Bohnen,  
Erbsen,**

extra in guter keimfähiger Waare  
alles frischer Samen.  
Gärtner Wolf.